

## Neue Herausforderungen im Ostseeraum

### Eine neue Landkarte von Nordeuropa

Die Ostseeregion scheint gegenwärtig eine der ruhigeren Ecken Europas zu sein. Die Veränderungen, die hier seit 1991 stattfinden, sind Teil eines großen historischen Wunders, nämlich des friedlichen Unterganges von Stalins Weltreich. Trotzdem gibt es gute Gründe, den neuen Herausforderungen für die zukünftige Stabilität und Sicherheit in dieser Region Aufmerksamkeit zu schenken.

Nordeuropa konfrontiert uns mit einer neuen strategischen Landkarte – während gleichzeitig die grundlegenden, strukturellen Bedingungen unverändert bleiben, wie sie es über lange Jahrhunderte der Neuzeit waren: Deutschland und Russland sind in ihren derzeitigen Ausmaßen immer noch die größten Mächte der Region. Natürlich hat die Sowjetunion den Rückzug nach Russland angetreten (oder, wie die meisten von uns lieber sagen würden, sie ist verschwunden). Mit dem Verlust seiner traditionellen Einflussphäre und Vorherrschaft in Mitteleuropa, die bis in das 18. und 19. Jahrhundert zurückreichen, hat Russland auch seine feste Verankerung an der baltischen Küste verloren; es hält nun nur noch ziemlich unsichere „Brückenköpfe“ am Rande des Finnischen Meerbusens und durch die Exklave Kaliningrad/Königsberg. Aber Russland ist immer noch „hier“, im Gegensatz zu Mitteleuropa, wo die Möglichkeiten einer direkten Einflussnahme für Moskau heute sehr gering sind und sich auf die Politik und Bewirtschaftung der Energieversorgung für die nahe Zukunft beschränken. Mitteleuropa von Polen bis Bulgarien integriert sich aber nun schrittweise in „Europa“, das heißt: in den Westen.

Wenn sich Russland auf einem historischen Rückzug befindet, obwohl es immer noch ein baltischer Staat ist, so können wir doch vorhersagen, dass Deutschland, die stärkste Wirtschaftsmacht auf dem Kontinent, beginnen wird, seinen Einfluss in dieser Region entsprechend seinen Ressourcen zu verstärken, auch wenn es jetzt noch ein zurückhaltender „Spieler“ in der baltischen Region ist. Ähnlich wird auch Polen, nicht zuletzt als NATO- und künftiges EU-Mitglied – ein zukünftiges „Spanien“ im Norden – eine Rolle übernehmen, die seine steigende Bedeutung widerspiegelt.

Die Neuorientierung Schwedens und Finnlands von ihrer traditionellen Neutralität hin zur Mitgliedschaft in der EU und zu einer umfangreichen Arbeitsbeziehung zur NATO wird zu einer größeren strategischen Veränderung führen, in die ein großer Abschnitt der baltischen Küste einbezogen wird. Finnland und Schweden sind nicht mehr nur Staaten des Westens, sondern auch Partner im Westen, selbst wenn sie ihren Status als militärisch bündnisfreie Staaten betonen.

Schließlich sind die baltischen Republiken wieder unabhängige Staaten, die sich begierig nach einem neuen Heim in „Europa“ umschaun, was bei ihnen Mitgliedschaft in der EU und der NATO bedeutet.

Russland bleibt ungeachtet seiner derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Schwäche, seiner rostenden Baltikumflotte und seiner abnehmenden Möglichkeiten als Machtfaktor ein Nachbar und eine hochgradig signifikante *quantité stratégique*. In den Köpfen ist das alte Bild von Russland als der dominanten Regionalmacht (und globalen Supermacht) sehr lebendig.

Grundsätzlich neu in der nordisch-baltischen Region ist jedoch das Netzwerk der institutionellen Beziehungen, der Abhängigkeiten voneinander und der verpflichtenden

Verbindungen, die nun der nationalen Selbstbestimmung Grenzen setzen und die dramatische Veränderungen eines Allianzenwechsels oder der Schaffung neuer Achsen und Fronten unwahrscheinlich machen. NATO, EU, OSZE sowie subregionale Zusammenarbeit im Nordischen, Baltischen und Ostsee-Rat haben dazu beigetragen, dass die regionalen Akteure nun zusammengebunden zu sein scheinen wie eine größere oder kleinere Version des Gulliver. Russlands zukünftige regionale und europäische Orientierung bleibt aber ein Unsicherheitsfaktor.

Historisch gesehen bestimmten drei Typen von Akteuren die Politik und Strategie des Ostseeraumes: die mehr oder weniger permanenten Regionalgroßmächte (Deutschland und Russland in verschiedenen Formen), die Großmächte auf Zeit (Dänemark in der frühen Neuzeit, Polen im 16. und 17. Jahrhundert und Schweden im „Schwedischen Jahrhundert“ zwischen 1621 und 1721) und die beherrschenden Seemächte (in historischer Abfolge: die Holländer im 17. Jahrhundert, die Briten vom 18. bis zum 20. Jahrhundert und die Amerikaner nach 1945) mit strategischen Interessen, wenn nicht dauernder Präsenz in der Region. Es war das stets gleich bleibende Ziel der Holländer und Briten, den Hegemoniebestrebungen eines jeden regionalen Akteurs entgegenzuwirken und ein Gleichgewicht zu erhalten, das ihren eigenen Interessen entgegenkam. Was die heutigen globalen und maritimen Mächte betrifft, unterscheidet sich die Situation da keineswegs.

### **Strategische „Kräfte“ und strategisches Dreieck**

Im Ostseeraum werden drei große „Kräfte“ wirksam: Erstens die Anstrengungen der Vereinigten Staaten innerhalb und außerhalb der NATO, die Stabilität und Sicherheit in der Region zu fördern und ein Gegengewicht zu Russland zu bilden; zweitens die Anstrengungen Russlands, seine gegenwärtigen Brückenköpfe zu sichern, um ein weiteres Abbröckeln seiner Stellungen zu verhindern und den politischen, wirtschaftlichen und strategischen Einfluss in der Region zu verstärken und damit den Status als die baltische Macht wiederherzustellen; drittens die langfristigen Integrationsbemühungen der Europäischen Union, wobei Deutschland auch im Norden als ein bedeutender Faktor angesehen werden muss. Diese Punkte bilden die überraschungsfreie Projektion in der Terminologie von Herman Kahn, aber keine idealisierte Projektion ohne Konfliktpotenzial – mit der Erweiterung von NATO und EU und mit Russland, das jene Bereiche verteidigt, die es als „legitime Sicherheitsinteressen“ und als historische Forderungen an ein „nahes Ausland“ einstuft, jedoch ohne Kalkulation des Engagements der USA: Die Vereinigten Staaten spielen heute das alte Spiel der dominanten Seemacht, und sie werden diese Rolle abhängig vom Verhalten Russlands und der EU auch weiterhin spielen.

Russlands Möglichkeiten, als Großmacht zu agieren, sind und bleiben beschränkt. Aber der Ostseeraum ist wahrscheinlich jener Teil Europas, in dem Russland aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen weiterhin versuchen wird, eine aktive Rolle zu spielen. Die russische Abhängigkeit von den baltischen Häfen (vor allem jenen in Lettland: Riga, Lieban und Windan) und der Infrastruktur für seine Exporte und Importe ist ziemlich groß. Diese Häfen sind das Rotterdam Russlands: beinahe 50 Prozent des russischen Seehandels wird über die baltischen Häfen abgewickelt, zwischen 70 und 90 Prozent des gesamten Handelsvolumens dieser Häfen ist Transitabwicklung zwischen dem Westen und Russland. War die Halbinsel Kola das wichtigste strategische Territorium während des Neuen Kalten Krieges in den späten siebziger- und frühen achtziger Jahren, so haben nun die baltischen Staaten einen ähnlichen Status erlangt. Die Situation ist völlig anders als auf dem Balkan, wo Moskau die Post-Jugoslawien-Krisen genutzt hat, um wie eine Großmacht zu handeln und zu erscheinen, obwohl es wenig substantielle Interessen in Bosnien oder im Kosovo hatte.

Moskau will um beides spielen: um eine entsprechende historische Position und um neue Realitäten und Vorgaben für Strategie, Status und Handel. Das wird die Region zu einem Testfall oder Laboratorium für die Beziehungen Russlands auch zu einem größeren Europa machen. Die Putin-Regierung hat großes Interesse an einer Öffnung nach Europa bekundet und eine besondere Beziehung zur Europäischen Union vorgeschlagen, die derzeit Russlands wichtigster Handelspartner ist.

Im anhaltenden Interesse der Vereinigten Staaten in der Region können Russland und die Europäische Union sowohl ein Versprechen als auch ein Alarmzeichen sehen. In einer Dreiecksbeziehung kann man sich einen potenziellen Interessenskonflikt immer leicht vorstellen. Die Bedeutung der transatlantischen Verbindung ist offensichtlich: solange die Union „im Westen“ bleibt, wird auch die Situation im Ostseeraum stabil bleiben. Sorgen über eine „Ausdehnung des Atlantiks“ und über wachsende kulturelle, wirtschaftliche und andere Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und seinen europäischen Verbündeten wurden auf beiden Seiten des Meeres geäußert und müssen ernst genommen werden.<sup>1</sup> Aber die Vereinigten Staaten würden auch im Falle einer solchen Entwicklung ihr spezielles, von der strategischen (nuklearen) Beziehung zu Russland bestimmtes Interesse an dieser Region aufrecht halten.

Andererseits beinhalten „europäische“ Interessen auch die „Europäisierung“ Russlands als Partner in der Entwicklung einer großen Zahl von politischen, wirtschaftlichen, die Umwelt betreffenden und kulturellen Beziehungen. Aber diese Beziehungen scheinen keine militärisch-strategische Dringlichkeit zu besitzen, solange Russland schwach und an seiner südlichen Front gebunden bleibt und solange die NATO und die Vereinigten Staaten in erster Linie für die *ultima ratio* im Falle eines bewaffneten Konflikts verantwortlich bleiben. Eine unabhängige europäische Verteidigungsalternative würde sowohl für Russland wie auch für die Vereinigten Staaten eine neue Situation schaffen. Aus der Sicht Moskaus könnte eine solche unabhängige Alternative etwas sein, das eher von der NATO abgezogen wird, als dass es zu ihrer Stärkung beiträgt. Diese Alternative würde daher gut zu Primakows Sicht einer multipolaren Welt und einer Herausforderung der amerikanischen Vorherrschaft passen. Zumindest einige amerikanische Beobachter teilen diese verwirrte Sicht.

Der Prozess der EU-Erweiterung ist nun auch auf die Aufnahme sowohl der Balkanstaaten wie auch des Ostseeraumes mit Polen und den drei baltischen Staaten gerichtet, wobei Estland als Beitrittskandidat für die erste Runde gilt. „Reibungen“ im Sinne von Clausewitz werden im Verlaufe dieses Prozesses auftreten, und der Zeitplan wird stärker in die Länge gezogen werden, als es die Kandidatenstaaten angenommen haben; eine rasche Erweiterung wird in der EU mit immer größerer Skepsis betrachtet – nicht nur von politischen Extremisten. Es gibt auch eine klar erkennbare Tendenz bei den EU-Mitgliedern, sich auf benachbarte Regionen zu konzentrieren: Erweiterung in der eigenen Nachbarschaft ist legitim und notwendig; Erweiterung in andere Regionen und Richtungen kann Risiken beinhalten und trägt die Gefahr einer Überdehnung mit sich.

Die russische Abhängigkeit von der baltischen Infrastruktur oder, besser gesagt, die gegenseitige baltisch-russische Abhängigkeit könnte auf längere Sicht ein stabilisierender Faktor sein – man könnte dabei an die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) zwischen Frankreich und Deutschland und einigen anderen Ländern denken. Aber das Problem besteht darin, dass die „Union“, der die baltischen Staaten beitreten wollen, im

---

1 Vgl. Jan Hallenberg, Bo Hult: Will the United States Remain an Actor in European Security? In: Security-Political Dialogue 99. Sweden/Poland/Austria. Documentation. Wien 2001 (= Studien und Bericht zur Sicherheitspolitik 4/2001)

Westen liegt und nicht im Osten! Gleichzeitig wird auch den baltischen Verantwortlichen klar, dass der russische Markt für die baltischen Exporte – anders als die „halsabschneiderischen“ Märkte im Westen – sehr wichtig ist, und dass die historische Rolle als Treffpunkt für den Handel aus West und Ost die profitabelste baltische Handlungsoption für die Zukunft sein könnte. Dennoch verlangt das Sicherheitsdenken, das Selbstbewusstsein jener, die in der Nachbarschaft einer großen (und möglicherweise revisionistischen) Macht leben, ein nach Westen ausgerichtetes „Heim“. Gegenseitige Abhängigkeit und nachbarschaftliche Beziehungen könnten daher sowohl für Kooperation als auch für Konflikte sorgen. Man müsste sie daher gut im Griff haben und auch unter Einbeziehung der nordischen Staaten ausgleichend wirken, regional ebenso wie im Rahmen der europäischen „Architektur“.

### **Regionalismus – aber im europäischen Kontext**

Seit 1991 sind verschiedene Vorschläge für die Schaffung eines baltisch-nordeuropäischen Sicherheitssystems gemacht worden. Die nordischen Staaten diskutierten 1938/39 und dann nochmals 1948/49 über eine internordische Verteidigungskooperation. Während des Kalten Krieges fühlten sie sich auf ein informelles „nordisches Gleichgewicht“ zwischen den Interessen des Ostens und des Westens zurückgeworfen, das bis zum Ende der siebziger Jahre und zum Ausbruch des Neuen Kalten Krieges 1979 gut funktionierte, als durch die militärische Aufrüstung der Sowjetunion und die Antwort der Amerikaner in Form einer Marine und Strategieentwicklung aus einer spannungsarmen Region ein konfliktgefährdetes Gebiet wurde. Das nordische Gleichgewicht wurde dank des rechtzeitigen Zusammenbruchs der Sowjetunion nie einer ultimativen Prüfung unterzogen, es war eher eine Form des passiven als des aktiven Regionalismus, eine Lösung innerhalb des europäischen Sicherheitssystems und diesem untergeordnet.

Auf der anderen Seite waren die nordischen Staaten während des Kalten Krieges erfolgreich, im Nordischen Rat ihr eigenes Universum zu errichten, das alle fünf nordischen Staaten umfasste: die NATO-Mitglieder Dänemark, Island und Norwegen und die neutralen oder bündnisfreien Länder Finnland und Schweden; miteingeschlossen waren die mehr oder weniger autonomen Gebiete Grönland, Åland und die Färöer Inseln. Offiziell sollten nur Angelegenheiten der „niederen Politik“ (Koordination der Gesetzgebung auf dem Gebiet soziale Wohlfahrt, Arbeitsmarkt, Bildung und Kultur) behandelt werden, aber de facto war der Nordische Rat auch eine Clearingstelle für „hohe“ politische Angelegenheiten. Die Bedeutung dieses regionalen Arrangements als ein Forum für den politischen Alltag, diese Integration auf niedrigem Niveau ungeachtet aller politischen Bindungen sollte nicht unterschätzt werden. Wie der westeuropäische Integrationsprozess vom Konzept der EGKS zur Union, so gehört auch das nordische „Modell“ zu jenem europäischen Erbe, mit dessen Hilfe wir nun die Probleme des 21. Jahrhunderts betrachten.

Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde deutlich, dass die neu auftauchenden Akteure im baltischen Raum sowohl mit dem Faktor „Entwicklung“ als auch mit dem Faktor „Instabilität“ umgehen lernen mussten. So wurde die regionale Zusammenarbeit eine vordringliche Aufgabe. Die nordischen Staaten trafen Anstalten, sowohl individuell als auch kollektiv innerhalb des Nordischen Rates eine spezielle „Verantwortung“ für die Entwicklung der wiedererrichteten baltischen Staaten zu erklären, aber sie lehnten 1992 ein halbherziges baltisches Ansuchen um Mitgliedschaft im Rat ab. Stattdessen wurde die Zusammenarbeit mit den Balten vorangetrieben, und schließlich wurde ein nordisch-baltisches Forum geschaffen, in dem ein neu errichteter Baltischer Rat eingeschlossen ist. Allerdings wurde „Sicherheit“ nicht als Teil dieser „Verantwortung“ gesehen.

Durch die Initiative der Dänen und Deutschen wurde allen Küstenstaaten im Rat der Ostseestaaten (CBSS) 1992 ein weiter Rahmen für regionale Zusammenarbeit angeboten. Vorgegangen war 1990 eine Umweltschutzkonferenz für den Ostseeraum in Ronneby (Schweden), die von Polen und Schweden gleichermaßen unterstützt worden war. Die Aufgabenbereiche des CBSS wurden Schritt für Schritt erweitert, damit nicht nur Fragen des Umweltschutzes zur Sprache kommen konnten, sondern praktisch alle Themen aus dem Bereich „Aufbau einer Infrastruktur“ im Ostseeraum, dazu gehörte auch die Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in den ehemals kommunistischen Staaten.

Aber die Tagesordnungspunkte des CBSS blieben „niedere Politik“, er hat in keiner Hinsicht auch nur annähernd die Wertigkeit des Nordischen Rates. Während der schwedischen Präsidentschaft im CBSS 1996 wurden Vorschläge unterbreitet, den Rat auf eine stärker institutionalisierte Basis mit einem ständigen Sekretariat zu stellen. Grundsätzlich können die Initiativen des schwedischen Vorsitzes als eine entschlossene Anstrengung betrachtet werden, die Europäische Union (aber auch die Vereinigten Staaten) zur Unterstützung eines großen regionalen Entwicklungsprojekts zu bewegen, das die nordischen Staaten nicht ausschließlich auf ihren Schultern alleine tragen wollten. „Europäisierung“ der Region ist eine „europäische“ Aufgabe. Für seinen Einsatz in dieser Sache wurde der schwedische Ministerpräsident Persson auch mit einer kurzfristigen Einladung von Präsident Clinton belohnt, um die Probleme der Ostseeregion im Weißen Haus zu diskutieren.

Regionale Zusammenarbeit ist eine fundamentale Herausforderung für die nordischen und baltischen Staaten: Wie soll man einen Ausgleich zwischen „Europäismus“ und „Regionalismus“ finden? Oder, noch besser, wie kann man eine europäische Verbindung sichern, die regionale Initiativen in einer geostrategischen Lage absichern, die durch Asymmetrie bestimmt ist, seit 1945 eine Supermacht in der Region entstand. Auf der einen Seite ist die regionale Zusammenarbeit notwendig, um auch Russland einzubinden, um die Kluft zwischen den „Europas“ zu überbrücken und Vertrauen aufzubauen. Auf der anderen Seite könnten derartige regionale oder bilaterale Abkommen die kleineren Staaten in eine Abhängigkeit von den größeren Staaten bringen. Kleine Staaten sollten sich nach Machiavelli niemals mit größeren Mächten verbünden – wenn sie es nicht müssen.<sup>2</sup>

In einer strategischen Debatte zwischen Theoretikern und Praktikern in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten (dem ehemaligen Außenminister Douglas Hurd; Ronald Asmus, Stephen Larrabee und Robert Nurick – alle erfahrene Berater bei der Rand Corporation)<sup>3</sup> kam 1996 die Idee auf, die nordischen Staaten könnten als Helfer und Garanten für die baltischen Republiken während ihrer Umformungsphase, das heißt bevor sie die volle Mitgliedschaft in der NATO und der EU erhalten haben, fungieren. Diese Vorschläge hoben die spezielle Rolle der bündnisfreien Staaten Finnland und Schweden hervor, sie wurden von den betroffenen Staaten aber mit geringer Begeisterung aufgenommen. Die nordischen Staaten wiesen ganz besondere, regionale Sicherheitsverpflichtungen zurück, und die Balten suchten eher europäische als regionale Mitgliedschaften.

Während eines Staatsbesuchs in Stockholm schlug der russische Präsident Jelzin im Dezember 1997 die Errichtung einer „Vertrauenszone“ zwischen Russland auf der einen Seite und Finnland, Schweden und den drei baltischen Staaten auf der anderen Seite vor. Die „sphärische“ Bedeutung dieses Vorschlages (wenn man sich an den Vorschlag von Michael Gorbatschow betreffend eine arktische Kooperation in einer nordisch-kanadischen Gruppe in Murmansk 1987 erinnert) führte zu einer Abkühlung im Verhältnis der fünf Staaten, deren

---

2 Vgl. Niccolò Machiavelli: Der Fürst, Kap. 21

3 Vgl. Survival, Sommer 1996

Interesse nur sehr begrenzt ist, miteinander identifiziert zu werden. Ein europäischer Kontext ist notwendig: Sicherheitsfragen können nur in einem Forum gemeinsam beantwortet werden, in dem alle europäischen Interessen vertreten sind, wie die Schweden sagen würden – oder in der NATO, wie es durch die baltische Bewerbung um eine NATO-Mitgliedschaft signalisiert wird.

### **Nordische Antworten**

Die regionale Zusammenarbeit durchbricht die Grenzen von Bündnissen, wie das Beispiel des Nordischen Rates zeigt; sie bestätigt, wie notwendig es ist, Russland möglichst stark einzubinden und es an so vielen Fronten wie möglich zu „europäisieren“. Sie ist eine Bedingung für den Aufbau einer Sicherheitsgemeinschaft im Norden, eine Erweiterung der westeuropäischen Gemeinschaft, die bereits existiert. Die Antworten der nordischen Staaten – Dänemark, Finnland, Schweden und in einem etwas geringeren Ausmaß Norwegen – haben sich auf die gemeinsame Infrastruktur konzentriert sowie auf „Souveränität“ und andere Formen von Unterstützungsprogrammen für die baltischen Staaten, in die auch Hilfestellungen beim Aufbau der baltischen Kräfte zur Friedenserhaltung und Selbstverteidigung eingeschlossen sind; aber auch CBSS-Kooperationen, Partnership-for-Peace-Aktivitäten (nicht zuletzt mit schwedischen Bemühungen, Russland hier miteinzubeziehen) und der Eintritt der baltischen Staaten (wie auch Polens) in die Europäische Union werden unterstützt. Eine besondere Initiative Norwegens war die Barents Cooperation unter Einbeziehung der am weitesten nördlich liegenden Gebiete Norwegens, Finnlands, Schwedens und Russlands. Besonders Schweden plädierte für einen ausgewogenen Zugang mit schwedischer Unterstützung sowohl für die baltischen Staaten wie auch für den Nordwesten Russlands.

Der EU-Beitritt Finnlands und Schwedens war das Ergebnis intensiver nationaler Debatten und einer bemerkenswerten Suche nach der eigenen Seele. Die Argumente für einen EU-Beitritt wurden in beiden Staaten etwas unterschiedlich präsentiert; in Schweden lag der Schwerpunkt auf wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Wohlfahrt, während in Finnland ein deutlicher Unterton hinsichtlich Sicherheit und „Flucht vor der Vergangenheit“ zu hören war: Nun endlich war Finnland frei, um seine eigenen Entscheidungen zu treffen und sich (West-) Europa anzuschließen. Die Schweden machten, was sie für richtig hielten, um sich den wechselnden Bedingungen anzupassen, und die Finnen machten, was sie schon lange vorhatten.

Allerdings erscheinen die Unterschiede geringer, wenn man sie aus einem strategischen Blickwinkel und nicht aus der Perspektive der innenpolitischen Debatte betrachtet. Durch den Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums und die Transformation der früheren Grenze zwischen Ost und West in eine Zone dramatischer Veränderungen, politischer Reorientierung und (möglicher) Instabilität für die Neutralen im Norden wurde es unumgänglich, sich auch institutionell im Westen zu verankern (auch wenn man dabei militärisch bündnisfrei bliebe), um sich den Rücken für den Umgang mit den bevorstehenden baltischen Herausforderungen frei zu halten. „Stillesitzen“ und „Alleingang“ waren während des Kalten Krieges möglich gewesen, aber nun, als sich die Fronten öffneten und die früheren Warschauer Pakt-Staaten und die ehemaligen Sowjetrepubliken sich nach Westen wandten, musste „neutrale“ Politik so gestaltet werden, dass sie Veränderungen eher unterstützt und formt, als dass sie den Status quo aufrecht erhält, den alten Schlachtruf der Jahre des Kalten Krieges.

Dies bedeutete sowohl für Finnland als auch für Schweden eine vollständig neue Situation – obwohl die nationalen Debatten zu diesem Thema oft mit Stellungnahmen über „Kontinuität“ verziert oder „vernebelt“ sind, nach dem Motto: „Wir haben uns nicht verändert, die Welt hat sich verändert.“ Aber es bleibt die Tatsache, dass Schweden hinsichtlich eines aktiven,

regionalen Sicherheitsaufbaus wieder eine Rolle übertragen bekommen hat, die es seit napoleonischen Zeiten oder sogar noch früher nicht mehr innehatte. Europäische und westliche „Unterstützung“ und Verankerung können in diesem Zusammenhang als notwendige Bedingungen betrachtet werden. Auf der anderen Seite werfen offizielle schwedische Meinungsführer ein, dass die fortgesetzte Bündnisfreiheit und der gute Ruf, den Finnland und Schweden durch ihre „Neutralität“ erworben haben, nicht nur das Vertrauen Russlands fördern, sondern auch für die gegenwärtigen Ziele der NATO nützlich erschienen.

Das bündnisfreie Schweden spielte eine sehr aktive Rolle bei der Einwilligung Russlands zum Abzug der ehemaligen sowjetischen Truppen aus dem Baltikum zwischen 1991 und 1994; das war ein Erfolg, zu dem die nicht-sozialistische Bildt-Regierung einen großen Beitrag mit ihrer Tätigkeit in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) lieferte. Das muss als große Leistung im Übergang zur Ära nach dem Kalten Krieg gesehen werden. Dieses Engagement ebnete auch die Wege für substanzielle Hilfsprogramme für „Sicherheitsaufbau“ und „Souveränitätshilfe“. Während der nachfolgenden sozialdemokratischen Regierungen (Carlsson und Persson) wurde großer Wert auf die CBSS (Vorsitz 1996) gelegt, aber auch der baltische EU-Beitritt wurde stark unterstützt. In dieser Frage konnten die unterschiedlichen Vorstellungen von Finnland und Schweden beobachtet werden. Finnland protegierte Estland, seinen unmittelbaren Nachbarn und wahrscheinlich den stärksten Kandidaten für die Mitgliedschaft in der Union, auf der anderen Seite stand der schwedische Vorzug für eine offene „Regatta“ aller drei mit anderen Bewerbern. Aber das ist nun alles Geschichte, da die Union sich für die zweite Variante mit der Auflage entschieden hat, dass jeder Kandidat gemäß seiner eigenen Stärke aufgenommen wird – und daher werden es kaum alle zur selben Zeit sein. Unter dem Blickwinkel der regionalen Sicherheit und vor dem Hintergrund, dass die nordischen Staaten die drei Baltenländer ständig an die Notwendigkeit untereinander zu kooperieren erinnert haben, wäre ohne Zweifel eine Lösung zu bevorzugen, bei der alle drei der Union zur selben Zeit beitreten.

Die gleiche Argumentationslinie sollte auch für die NATO-Mitgliedschaft der Balten gelten. Wenn eine solche Mitgliedschaft angeboten wird, dann allen gemeinsam. Sonst würde das Risiko von Grauzonen in den nicht aufgenommenen Staaten entstehen.

Eine NATO-Mitgliedschaft der baltischen Staaten wurde von den nordischen Staaten unvermeidlicherweise unter dem Blickwinkel gesehen, dass einige von ihnen NATO-Mitglieder sind und andere nicht. Dänemark ist ganz offen der Sprecher für eine solche NATO-Mitgliedschaft. Auf schwedischer Seite wurde das Recht eines jeden Staates betont, seine eigene Lösung in puncto Sicherheitsfragen zu wählen, und während eines Besuches in Riga im Jahr 1996 stellte Ministerpräsident Persson fest, dass Schweden keinerlei Hindernisse in den Weg legen würde, wenn die baltischen Staaten eine NATO-Mitgliedschaft anstrebten. Eine ähnliche Erklärung folgte im April 2001. Aber es gibt auch Stimmen in der schwedischen Öffentlichkeit, die ihr Missfallen über eine baltische NATO-Mitgliedschaft geäußert haben, weil sie wegen der russischen Reaktionen zu steigenden regionalen Spannungen führen würde; andere wiederum argumentierten, dass die Mitgliedschaft der Balten auch die schwedische Sicherheit verbessern würde. Diese Debatte hat nun auch ihren Weg in die NATO gefunden, und man muss sich fragen, was zu einer stärkeren Destabilisierung führen würde: die Balten einzuladen oder ihnen die Mitgliedschaft zu verweigern.

Aus schwedischer Sicht ist jedenfalls eine erweiterte Union der beste Weg zur Sicherung der Region.<sup>4</sup> Der finnische EU-Vorsitz 1999 und das schwedische Mandat im Jahr 2001 haben Möglichkeiten geschaffen, um die „Nordische Dimension“ in der Entwicklung der Union voranzutreiben. Die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland steht im Zentrum dieser Nordischen Dimension, eine Herausforderung, der sich die Länder im Norden nicht entziehen können.

Auf einem anderen, aber parallelen Weg haben die baltischen Staaten zunehmend substanzielle Unterstützung beim Aufbau ihrer nationalen Selbstverteidigung erhalten. Gleich von Anfang an waren davon sowohl die Verteidigungskonzepte mit militärischen wie auch nicht-militärischen Komponenten betroffen, als auch die Unterstützung für friedenserhaltende Maßnahmen (BALTBAT) und Fragen der Ausbildung (einschließlich der Errichtung der Baltischen Verteidigungsakademie). Die militärische Ausrüstung war weniger auffallend gewesen, aber nun finden wichtige Transfers statt (Ausrüstung von aufgelösten schwedischen Infanterie-Einheiten – im Umfang von drei Infanterie-Brigaden), um den Balten die Möglichkeit zur Selbstverteidigung zu ermöglichen, um zur Stärkung ihres eigenen Selbstbewusstseins beizutragen, aber auch um die Region zu stabilisieren.

Um dieses Kapitel über die nordischen Antworten abzuschließen, ist es angebracht, einen allgemeineren Blick darauf zu werfen, wie die nordischen Staaten ihre Verteidigungsstellungen und -strukturen an die sich völlig verändernde Situation seit 1991 angepasst haben. Dänemark muss als jenes Land angesehen werden, das die schnellste und entschlossenste Umformung in eine neue Ära durchgemacht hat; es hat seine Verteidigungsstrukturen in Richtung internationale Operationen neu gestaltet. Die regionale und funktionale Integration Dänemarks in die NATO schon vor dem Ende des Kalten Krieges erleichterte diesen Schritt und es folgte darauf die Entwicklung einer nach drei Seiten gerichtete Zusammenarbeit, in die Deutschland und Polen eingeschlossen waren. Dänemark vermittelt den Eindruck, „niemals zurückgeschaut zu haben“.

Die finnische Strategie bei der Auseinandersetzung mit einem neuen Zeitalter beinhaltete beides: eine bemerkenswerte Veränderung – den Ankauf amerikanischer Jetkampfflieger (Hornet F-18) – und den Entschluss, zur Vergangenheit zu stehen: die Beibehaltung von umfangreichen Anti-Invasionskräften und die Weigerung, politisch korrekt zu handeln und den Landminenvertrag zu unterschreiben. Jedoch hat Finnland auch für die Zukunft signalisiert, neue Kapazitäten für internationale Operationen mit zweckgebundenen Brigaden aufzustellen.

Schweden hatte sich anscheinend entschieden, wieder einmal gegen den Trend zu handeln: 1987 bis 1992, als der Kalte Krieg offensichtlich zu Ende ging, entschloss sich die schwedische Regierung, eine massive Modernisierung ihrer Streitkräfte durchzuführen – diese Entscheidung hätte zu Beginn des Neuen Kalten Krieges 1979 getroffen werden sollen (oder idealerweise etwa fünf Jahre davor!). Eine größere Veränderung hat nun in den Jahren zwischen 1996 und 2000 stattgefunden mit einer kompletten Neugestaltung der schwedischen militärischen Kräfte, die von der 800 000-Mann Armee in viel schlankere, bewegliche, moderne und technisch fortschrittliche Streitkräfte mit dem Ziel umgeformt wurden, sowohl für die nationale Verteidigung als auch für internationale Operationen einsetzbar zu sein. In einem Zeitraum von wenigen Jahren reduzierte man eine Kampftruppe von rund 20 Brigaden auf eine geplante Gesamtstärke von vier bis sechs Brigaden; zahlenmäßig sind die Einschnitte bei Marine und Luftwaffe weniger spektakulär, aber dennoch substanziell. Seit den fünfziger

---

4 Vgl. Större Europa – säkrare Europa (A larger Europe – a safer Europe). Betänkande av kommittén om EU: s utvidgning – säkerhetspolitiska konsekvenser. SOU 1997, S. 143

Jahren war die schwedische Verteidigung eine spezielle Mischung aus Hochtechnologie und *levée en masse*, und nun soll sie vollständig die aktuelle „Revolution in militärischen Angelegenheiten“ widerspiegeln, und sich dabei auch der schwedischen Waffenindustrie anpassen, obwohl dieser Industriezweig sehr schnell international wird, oder genauer: europäisiert wird. Schweden gehört zu den sechs großen europäischen Waffenproduzenten.

Norwegen hält eine gewisse Distanz zu Schweden beim Durchlaufen einer ähnlichen Umwandlung, es präsentiert sich irgendwie als Kalter Krieger, der bis zum letzten Atemzug durchhält, sogar länger als sein nordischer Nachbar. Am Beginn der Debatte über eine Erweiterung der NATO war klar zu erkennen, dass Norwegens Sicherheitselite sich nur sehr beschränkt für eine „neue“ NATO begeistern konnte; man sah sich als einziges NATO-Land, das nun noch eine Grenze mit Russland hatte. Dahinter könnte aber auch die Wahrnehmung einer möglichen neuen Bedrohungssituation stehen. In den siebziger- und achtziger Jahren hatte sich Norwegen Sorgen gemacht über das Anwachsen der sowjetischen maritimen und anderer Möglichkeiten in den nördlichen Meeren, die Kola-Militärbasen, nukleare U-Boote, die Strategie der US-Marine und sowjetische Antworten darauf. In der Welt nach dem Kalten Krieg entstand ein neues Problem: die Position Norwegens als Großmacht hinsichtlich seiner strategischen Ressourcen Öl und Gas, nach denen sowohl die USA, Russland wie die Europäische Union „gieren“, eine Union, der Norwegen nicht angehört – was zumindest einige Norweger so bewegt, wie sich die Mehrheit der Schweden darüber Gedanken macht, dass Schweden Mitglied ist. Aber eine derartige Großmacht zu sein, ohne über jenen Einfluss und jene Mittel zu verfügen, wie sie solche Mächte üblicherweise haben, macht die strategische Situation Norwegens wahrscheinlich immer noch prekär. Eine Konsequenz aus dieser Situation ist die geplante Erneuerung der norwegischen Marine mit einer neuen Generation Fregatten und möglicherweise auch einem U-Boot-Programm.

In Summe ergeben diese nordischen Antworten auf eine neue Situation einen Anpassungsprozess, der mit unterschiedlicher Begeisterung, Flexibilität oder Aufrichtigkeit vorangetrieben wird. Zusätzliche Anpassungen und einige Kehrtwendungen werden notwendig sein. Finnland wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach der schwedischen Richtung anschließen (wie auch Norwegen), während die Schweden – was ihre Armee-Organisation betrifft – möglicherweise einen Schritt zurückgehen müssen, da die nun geplante, zusammengekürzte Struktur kaum in der Lage sein wird, die bereits eingegangenen internationalen Verpflichtungen einzuhalten und zwei mechanisierte Bataillone ins Feld zu schicken. Es ist auch zu bezweifeln, ob die finanziellen Auswirkungen des Restrukturierungsprozesses von den politisch Verantwortlichen voll überblickt worden sind. Wenn die gesamten Verteidigungskräfte, zumindest im Falle von Schweden, ernsthaft alle neuen Aufgaben übernehmen sollen, die ihnen zugewiesen wurden, dann sind die Tage der Friedensdividende vorbei.

### **Spezielle Herausforderungen und Szenarien**

Einige Gedanken sollten auch auf die Risiken der aktuellen Situation und möglicher zukünftiger Entwicklungen gerichtet werden. Der Norden Europas präsentiert sich heute als friedlich und stabil, und alle Anzeichen sprechen dafür, dass Moskau die Region in eben diesem Licht sieht – im Gegensatz zu seiner Front im Süden (und anderen möglichen Fronten) und trotz gelegentlichen Grollens gegen seine baltischen Nachbarn wegen der Minderheitenfragen oder der NATO-Erweiterung. Vielleicht könnte man sogar sagen, dass es gerade die friedvolle Stimmung in der Region ist, die es für einige russische Sprecher, die aus der Vergangenheit übrig geblieben sind, umso eher möglich gemacht hat, auf verbale Attacken zurückzugreifen und mit Blockaden zu drohen, die sie selbst stärker treffen würden als ihr baltisches Ziel.

Wir müssen nicht nach wirklichen Krisenszenarien Ausschau halten, um zu verstehen, dass wir Probleme haben: grenzüberschreitende Kriminalität, Grenzkontrollen (die ein wirkliches Problem für die baltischen Staaten und Polen als EU-Beitrittskandidat darstellen werden), Luft- und Seeüberwachung, Umweltgefahren (wie zum Beispiel ausgelaufenes Öl als mögliche Folge des umfangreichen Transithandels zwischen Russland und dem Westen, nukleare Abfallprodukte und möglichen Risiken mit Atomreaktoren von der Arktis über St. Petersburg nach Ignalina/Litauen), das Teilen der Kosten für die Infrastruktur usw. Diese Probleme sind schon mitten unter uns. Wir würden sie vielleicht „Probleme der sanften Sicherheit“ nennen, trotzdem beinhalten sie Risiken und reale Belastungen, die gemeinsam getragen werden müssen.

Wenn es in Diskussionen zwischen westlichen (EU- und NATO-) „Strategen“ um mögliche zukünftige „Krisen“ geht, dann zeigen die Szenarien eine Tendenz, die Russland ins Zentrum rückt. (Ohne Zweifel hat Russland sein eigenes Arsenal an Bedrohungsszenarien – einige davon sind in Verbindung mit den russischen Protesten gegen eine künftige NATO-Erweiterung offen zutage getreten. Die westlichen Bedenken betreffen drei Punkte:

1. Konflikte, die aus den Beziehungen zwischen Russland und den drei baltischen Staaten entstehen;
2. Konflikte oder Instabilitäten, die durch innenpolitische Umwälzungen in Russland entstehen, dazu zählen etwa die Probleme im Zusammenhang mit Kaliningrad/Königsberg;
3. Russisch-weißrussische Beziehungen und die mögliche Rolle Weißrusslands als ein unabhängiger Akteur oder russischer „Agent“ gegenüber den baltischen Staaten oder Polen.

Was die russisch-baltischen Beziehungen betrifft, so ist Moskaus Opposition gegenüber einer NATO-Mitgliedschaft eine Tatsache, auch wenn sie nicht mehr so säbelrasselnd vorgetragen wird wie in der Mitte der neunziger Jahre. Es ist schwierig zu spezifizieren, welche Pakete, vertrauensbildenden Maßnahmen etc. auf diplomatischem Wege, in wirtschaftlichen oder anderen Gremien ersonnen und überbracht werden müssen, einschließlich der Pff, des ständigen NATO-Russland-Rates oder anderer Arrangements, um den Weg sowohl für die Erweiterung wie auch für langfristige und feste Beziehungen zwischen Russland und dem Westen zu ebnet. Letzteres wird Ausdauer, guten Willen und höchstwahrscheinlich viel Zeit erfordern. Obwohl der derzeitige Dialog zwischen Russland und den drei baltischen Staaten eher wortkarg geführt wird und relativ entspannt ist, gibt es noch immer keine Grenzvereinbarungen zwischen Russland auf der einen Seite, und Estland und Lettland auf der anderen Seite und man kann kaum darüber hinwegsehen, dass es hier um eine versteckte Erpressung geht. Denn Russland steigt auf die Bremse im Hinblick auf die Möglichkeiten der baltischen Staaten, als ernsthafte Kandidaten (mit festen Grenzen) für EU und NATO angesehen zu werden, obwohl es keinen Widerstand gegen die EU-Kandidatur geäußert hat. Die Minderheitenfrage wird wie in der Vergangenheit ein innenpolitisches Thema und ein Druckmittel gegen Riga und Tallin/Reval sein.

Es bleibt daher ein gewisses Maß an Spannung zwischen Russland und den baltischen Staaten, von dem aber nicht anzunehmen ist, dass früher oder später daraus eine dramatische Krise erwachsen wird, die den europäischen Frieden bedroht. Doch wir können eine solche Möglichkeit nicht vollständig ausschließen, und die wirkliche Herausforderung besteht darin, einer solchen Gefahr entgegenzuwirken, sie zu verhindern, lange bevor sie wirklich eintritt. Aus dem schwedischen Blickwinkel sind die Mitgliedschaft der Balten in der EU wie auch das Bauen von Brücken zwischen der Union und Russland wichtige Mittel einer solchen Prävention.

Die russisch-baltischen Beziehungen beinhalten die Ansicht der Russen, dass sie ein Recht auf eine Pufferzone gegen den Westen oder eine eigene russische Sphäre hätten. Miteingeschlossen ist die Nullsummen-Idee: Wenn es nicht „unsere“ Zone ist, wird sie unmittelbar jemand anderem gehören. Aber weder die verschiedenen europäischen Chartas und Vereinbarungen, die seit 1990 (oder seit 1975) in dieser Angelegenheit abgeschlossen wurden, noch ein wirtschaftlich oder politisch integrierter Kontinent werden Reiche und Einflusszonen im Sinne des 19. und 20. Jahrhunderts erlauben, eine Tatsache, die Moskau verstehen muss. Nochmals: Die zukünftigen Arrangements für die Zusammenarbeit zwischen der Union und Russland werden von großer Bedeutung sein.

Ein Szenario betreffend Kaliningrad/Königsberg könnte man sich in der Weise vorstellen, dass der Bezirk und die Stadt sich um einen Status, der eher der vollen Autonomie, wenn nicht Unabhängigkeit entspricht, bemühen, um jene Hilfe und Entwicklungsmöglichkeiten im Westen zu bekommen, die Moskau bisher nicht zur Verfügung stellen konnte.

In einen derartigen Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie (in Moskau verbunden mit unheilvollen Szenarien, deren Ausgangspunkte die NATO-Erweiterung oder das „Einkreisungsthema“ sind) könnte auch eine Konfrontation über die Zugangsrechte Russlands eingeschlossen sein, und es könnte daher zu einem recht komplexen Kaliningrad-Lettland-Litauen-Polen-Russland-Weißrussland-Konflikt kommen. Es besteht kein Zweifel, dass die russischen Sorgen betreffend die Exklave Kaliningrad/Königsberg echt sind; das Gebiet ist de facto abgeschnitten von Russland, und der Bezirk ist umgeben von NATO- und EU-Territorien – aber gleichzeitig sind diese Fragen im Grunde weniger ein Problem westlicher Pläne als vielmehr eines, das aus der russischen Insuffizienz entstanden ist, soziale Sicherheit und Entwicklung in diesem Bezirk zu gewährleisten.

Für Kaliningrad/Königsberg ist eher der Mangel an Interesse (und Investitionen) des Westens und nicht ein Übermaß davon das Problem! Niemand stellt die russische Souveränität infrage, aber ebenso sieht niemand große Möglichkeiten in Kaliningrad. Die russische Politik, Kaliningrad zu einer Nuklearwaffenbasis zu machen, hat das Gebiet kaum attraktiver gemacht. Dennoch, ein stärker exponiertes Kaliningrad oder die Befürchtung einer solchen Situation infolge der NATO-Erweiterungsbestrebungen könnte ein Eskalieren der russischen Ängste vor westlichen Plänen provozieren, und es könnte auch zu einem Anwachsen der baltischen Sorgen um ihre Sicherheit und zu verstärkten Bemühungen führen, einen sicheren Hafen in der NATO zu suchen.

Szenarien betreffend Weißrussland könnten vom derzeitigen Lukaschenko-Regime ihren Ausgangspunkt nehmen, um aus internen Gründen (oder aus Gründen eines neuen Post-Putin-Regimes in Russland) einen Konflikt mit seinen Nachbarn im Westen zu suchen. Wie plausibel derartige Szenarien sind, hängt von unserem Verständnis und unserer Fähigkeit ab, die Situation in Weißrussland zu interpretieren, und hier können unsere Defizite durchaus beträchtlich sein. Dennoch, es bleiben Ängste der Nachbarstaaten vor einem Regime, das als totalitär angesehen wird und das seinem Land keine wirtschaftliche und soziale Entwicklung bietet, das aber trotz allem ein Staat im (weiteren) Ostseeraum ist.

## **Zusammenfassung**

In allen erwähnten Krisenszenarien – und es soll hier nochmals betont werden, dass keines davon heute ganz unmittelbar bevorzustehen scheint, aber Sicherheitsbeobachter müssen auch an das Udenkbare denken – ist erkennbar, dass nationale Kräfte in Anspruch genommen werden könnten: in Form von Eingreif- oder Schutztruppen zu Land und zu Wasser, Luftaufklärung, Transport und Abhöreinrichtungen, aber auch von Kapazitäten aus den verschiedenen Bereichen des nicht militärischen Krisenmanagements. Forderungen nach Langzeitüberwachung – in der Luft und auf dem Wasser – wären das Mindeste, aber

anspruchsvollere Forderungen würden im Krisenfall an jede führende Nation im Rahmen einer internationalen Operation gerichtet werden.

Wenn man die Szenarien des Baltikums analysiert, so erkennt man eine Tendenz zu einem großen Drama und spektakulären Vorfällen, bei denen es als Folge einer rapiden Eskalation beinahe zum Kriegsausbruch kommt. Wie schon erwähnt wurde, gibt es eine Menge alltäglicher Angelegenheiten, die einer internationalen und sofortigen Behandlung durch die Ostseestaaten wie auch durch andere Staaten bedürfen, die diese internationalen Gewässer befahren. Diese Probleme sind heute die vorrangigen Herausforderungen – und hoffentlich wird die gemeinsame Behandlung dieser Themen zum Aufbau einer Sicherheitsgemeinschaft im Norden beitragen.

Auch in Krisen am unteren Ende des Spektrums könnte nach einem Eingreifen unter Einschluss von militärischen Komponenten gerufen werden. Soziale Unruhen, die aus lokalen quasi-revolutionären Bedingungen entstehen und die möglicherweise terroristische und kriminelle Aktivitäten miteinschließen; Situationen, die eher entgleiten als entschlossene Aggressionen eines Staates gegen andere, das könnten frühe Stufen auf einer Leiter sein, die zu alarmierenderen Szenarien führt. Solche Situationen könnten die Ostseestaaten dazu zwingen, sich im Rahmen verschiedener gemeinsamer oder improvisierter Rettungs- oder Hilfsoperationen zu engagieren. In solchen Situationen wäre das Ziel sicherlich nicht die Eskalation, sondern die Beruhigung und Stabilisierung; man müsste auf humanitäre Notfälle eingehen und eher auf einen Einsatz verzichten als ihn zu forcieren. Bei der Diskussion möglicher militärischer Aufgaben scheint die schwedische Debatte nun auf vier Typen vorbereitet zu sein:

1. *Traditionelle friedenserhaltende Operationen*, mehr oder weniger sofortige und improvisierte Arrangements als Antwort auf Krisen, die gerade auftauchen und denen schnell mobilisierbare Kräfte entgegengestellt werden. Sogar Bosnien und Kosovo passen in dieses traditionelle Muster, obwohl erkannt wurde, dass diese Fälle umfangreichere Operationen in der Grauzone zwischen den Kapiteln VI und VII der UNO-Charta verlangten. Die meisten großen internationalen Operationen, die seit den frühen neunziger Jahren durchgeführt wurden, entwickelten sich nach diesem Muster. (Schweden hatte grundlegende Erfahrungen in diesem Bereich durch den Einsatz im Kongo in den sechziger Jahren).
2. *Zukünftige friedensunterstützende Operationen* in einem organisierten, vorbereiteten EU-NATO-UN-Kontext, für den bereits entsprechende Vorbereitungen getroffen werden und insgesamt sehr wirkungsvoll die nationalen Prozesse einer Reorganisation und Neuausrüstung der bewaffneten Kräfte sowie die Weiterentwicklungen der Militärdoktrin und die Suche nach NATO-Kompatibilität auch von Nicht-NATO-Staaten vorantreibt.
3. Die *Fähigkeit zur Selbstverteidigung*, die unmittelbar oder kurzfristig bei Bedrohungen des schwedischen Territoriums oder der schwedischen Bevölkerung durch relativ begrenzte Angriffe oder Terroraktionen zum Tragen kommt. Dies würde einer verkleinerten Ausgabe der ehemaligen Überraschungs- oder Enthauptungsszenarien aus dem späten Kalten Krieg entsprechen.
4. Die *Erhaltung der echten Verteidigungsfähigkeit*, um sich auch einem großen bewaffneten Angriff auf schwedisches Territorium widersetzen zu können. Diese Fähigkeit sollte auf der modernsten Technologie beruhen und den Bedürfnissen eines großen Landes gerecht werden.

Heute erscheinen die Szenarien für internationale Operationen wichtiger als die Fragen der Selbstverteidigung. Aber man kann diesbezüglich nicht ganz sicher sein, denn „morgen“ geht vorbei, und gleichgültig welche Szenarien sich in der Realität ergeben, es muss ein Beitrag

zur europäischen Sicherheit und zum Krisenmanagement geleistet werden – eher als Mitgliedskarte und nicht als Luxus oder Wohltätigkeit oder aus Solidarität mit den friedenserhaltenden Maßnahmen der UNO, zu denen Schweden in der Vergangenheit beigetragen hat. Es findet jetzt ein anderes „Spiel“ statt, wie es auch schon durch UNPROFOR und IFOR zu Beginn und Mitte der neunziger Jahre zum Ausdruck kam, ein Spiel das nun auch im Zusammenhang mit den neuen Ambitionen für eine europäische (das heißt EU-) Fähigkeit gesehen werden muss, militärische Kräfte zu Lande oder zu Wasser aufzustellen.

Finnland und Schweden haben durch die finnisch-schwedische Initiative aktiv zu diesen Bestrebungen beigetragen, die im Vertrag von Amsterdam festgehalten sind und in denen es darum geht, im Rahmen der so genannten Petersberg-Verpflichtungen friedenserhaltende und friedensunterstützende Maßnahmen durchzuführen. Für Schweden bedeutete das eine unbedingte, schon im Vorhinein eingegangene Verpflichtung, militärische Kräfte für das EU-Krisenmanagement in einem nie da gewesenen Ausmaß zur Verfügung zu stellen (einschließlich zweier mechanisierter Bataillone, Pionieren, Korvetten mit Lenkwaffen, Minensuchschiffen, eines U-Bootes, Viggen-, später JAS-Flugzeugen, Lufttransportkapazität und Unterstützung durch die Marine). Wenn man bedenkt, wie sehr Schweden (wie fast alle anderen UN-Mitglieder) gezögert hat, solche ausdrücklichen Verpflichtungen gegenüber den UN bei der Debatte über den Bericht des Generalsekretärs *Eine Agenda für den Frieden* in den Jahren 1992 bis 1993 einzugehen, so ist das eine ziemlich grundlegende Haltungsänderung. „Europa“ und „Jugoslawien“ haben Auswirkungen gehabt.

Wenn wir heute in die nordisch-baltische Region schauen, so wird – wie optimistisch oder alarmierend die Zukunftsszenarien auch immer ausschauen – klar: Die aktuellen Herausforderungen sind nicht Probleme der Abschreckung wie zur Zeit des Kalten Krieges, sondern Probleme der Zusammenarbeit und der Frage, wie unsere Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik gestaltet werden soll und wie die militärischen Fähigkeiten nicht nur für uns selbst, sondern auch in der Assoziierung und Verbindung mit anderen aufgebaut werden können; wie wir sie fit machen für ein regionales, europäisches und globales Netz zur Friedensunterstützung und -erhaltung durch Prävention. Aber für den Fall, dass Krisenmanagement gefragt ist, müssen wir entschlossen handeln, auch mit militärischer Gewalt.

Prof. Dr. Bo Hultdt

Professor und Direktor für strategische Studien an der Schwedischen Verteidigungsakademie

Übersetzung aus dem Englischen: Edda Engelke